

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Weltkonjunktur von Risiken überschattet

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1982) : Weltkonjunktur von Risiken überschattet, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 11, pp. 522-523

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135733>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Weltkonjunktur von Risiken überschattet

Konjunkturklima und konjunkturelle Entwicklung haben sich in der Bundesrepublik im Laufe dieses Jahres entgegen früheren Erwartungen erneut spürbar verschlechtert. Offensichtlich wogen negative Faktoren die Verbesserung der Rahmenbedingungen – fortschreitende Beruhigung des Kosten- und Preisauftriebs, Abbau der Leistungsbilanzdefizite und monetäre Entspannung – mehr als auf. Dazu haben sowohl interne als auch externe Einflüsse beigetragen. Eine genaue Zurechnung ist zwar im einzelnen nicht möglich, aber die äußeren Einflüsse müssen eine erhebliche Rolle gespielt haben, sind doch die Auslandsaufträge der Industrie von Jahresanfang bis zum dritten Vierteljahr mit einem Rückgang um fast 15 % doppelt so stark geschrumpft wie die Inlandsaufträge. So hängen denn auch die Aussichten für die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik wesentlich von den Perspektiven für das weltwirtschaftliche Umfeld ab.

Seit einigen Monaten tritt als bedrohlicher Risikofaktor die Verschuldungskrise einer wachsenden Zahl von rohstoffexportierenden Ländern in den Vordergrund; die Fälle von Zahlungsverzug bei der Bedienung der hohen aufgelaufenen Schulden mehren sich. Die Gefahr einer Zuspitzung besteht vor allem für viele Entwicklungsländer. Ihre Probleme sind nicht zuletzt infolge der anhaltenden Misere in den Industrieländern so gravierend geworden: Die Leistungsbilanzen werden durch die hohen Zinsen auf die Auslandsschulden schwer belastet, während die ausgedehnte Baisse auf den Rohstoffmärkten die Ausfuhrerlöse drückt. Je mehr jetzt die schwindende Bonität der Schuldnerländer die Banken zur Zurückhaltung bei der Kreditvergabe veranlaßt, desto größer wird die Gefahr, daß eine zunehmende Zahl von Entwicklungsländern zahlungsunfähig wird und schließlich internationale Kreditketten zusammenbrechen. Käme es hierzu, würden die fatalen Folgen weit über die Beziehungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern hinausreichen, würde der Welthandel sicherlich spürbar schrumpfen müssen. Dies erklärt die in den letzten Monaten intensivierten Bemühungen von Zentralbanken und internationalen Währungsinstitutionen, einer derartigen Entwicklung durch das Knüpfen zusätzlicher finanzieller Auffangnetze vorzubeugen.

Eine Gefahr für den Welthandel besteht auch in dem in jüngster Zeit beschleunigten Vordringen des Protektionismus. Angesichts niedriger Kapazitätsauslastung und überaus hoher, noch steigender Arbeitslosigkeit drängen Unternehmer und Gewerkschaften die Regierungen zum Schutz der heimischen Produktion vor ausländischer Konkurrenz. Obwohl mit Handelsbeschränkungen die unvermeidlichen Strukturanpassungen aufgehalten und die angestrebte Preisstabilisierung erschwert wird und damit gerade die Lösung der grundlegenden Probleme, ist denn auch mit neuen bzw. verstärkten protektionistischen Maßnahmen zu rechnen, in den USA und auch in westeuropäischen Ländern. Eine Eskalation, die schon kurzfristig einen kritischen Punkt erreicht, ist indes wohl nicht zu erwarten; dem steht nicht zuletzt die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner im Wege.

Nachdem das freizügige Welthandels- und Zahlungssystem jahrzehntelang einen entscheidenden Beitrag zur weltweiten Stärkung der Wachstumskräfte geleistet hatte, wird es nunmehr offensichtlich von der anhaltenden Wachstumsschwäche unterminiert. Zweifellos sind sich Regierungen und Notenbanken – vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den dreißiger Jahren – der verheerenden Folgen eines Zusammenbruchs bewußt. Vor allem dies spricht für die Annahme, daß die erhöhten Risiken für das Welthandels- und Zahlungssystem unter Kontrolle gehalten werden können. Die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur wird dann insbesondere von den geld- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen in den Industrieländern abhängig sein. Nach wie vor spielen dabei die USA als weitaus größte Volkswirtschaft eine maßgebliche Rolle. Hier stellt sich die Frage, ob die Kollision von restriktiver, stabilisierungsorientierter Geldpolitik und defiziträchtiger Finanzpolitik, die die Realzinsen in den USA bis Mitte dieses Jahres auf ein außerordentliches Niveau steigen ließ, nunmehr endgültig der Vergangenheit angehört und der Zinsrückgang, der sich in den letzten Monaten vollzogen hat, weiterhin anhält. Die Voraussetzungen dafür sind offenbar gut, vor allem nach der deutlichen Eindämmung der Inflation in den USA, die die amerikanische Notenbank auch zur Lockerung der geldpolitischen Zügel veranlaßte. Dies wird namentlich in den Ländern, die – wie Japan, Großbritannien und die Bundesrepublik – ebenfalls beachtliche Stabilisierungsfortschritte erzielt haben, einen weiteren Zinsrückgang erleichtern. In einer Reihe weniger erfolgreicher Länder werden indes die internen Grenzen für eine monetäre Auflockerung fühlbarer werden.

Eine wachstumsfreundliche monetäre Entwicklung ist gegenwärtig um so wichtiger, als die Finanzpolitik in einer zunehmenden Zahl von Ländern in ein schweres Dilemma geraten ist. Die Staatsdefizite, häufig schon vor Beginn der wirtschaftlichen Abschwächung überhöht, sind mit deren zunehmender Dauer fast überall kräftig gestiegen. Sie sind jetzt vielfach so groß, daß schon ihre konjunkturbedingte Zunahme das Vertrauen in die Kontrollierbarkeit der Staatsfinanzen und damit in die weitere Eindämmung der Inflation sowie Senkung der Zinsen zu erschüttern droht. Die – zumeist allzu spät – eingeleiteten unvermeidlichen Konsolidierungsmaßnahmen aber dämpfen auf kurze Sicht die Gesamtnachfrage zusätzlich.

Die Aussichten für eine baldige Überwindung der weltweiten Wachstumsschwäche sind so insgesamt nach wie vor nicht günstig. Doch dürfte die allmähliche Besserung der Rahmenbedingungen, die sich nicht zuletzt in nachgebenden Zinsen niederschlägt, in den USA und einigen anderen wichtigen Ländern die Voraussetzungen für ein Auslaufen des Abschwungs verbessern. Für den späteren Verlauf des kommenden Jahres bestehen daher – neben den schwerwiegenden Risiken – auch Chancen für eine Belebung der Nachfrage in den Industrieländern, die dem Welthandel positive Impulse geben würde. Auch dürfte der Rückgang der Einfuhr in den Erdölexportländern wieder nachlassen, nachdem die Dispositionen korrigiert sind, die sich an weit überschätzten Öleinnahmen orientierten. Demgegenüber wird sich in den ölimportierenden Entwicklungsländern der Druck der außenwirtschaftlichen Sanierungszwänge kaum schon verringern und ihre Einfuhr sinken. Alles in allem wird der Welthandel wahrscheinlich auf kurze Sicht zunächst noch weiter zurückgehen und sich wohl erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres leicht beleben.

Für die Bundesrepublik sind die von den USA ausgehenden Zinssenkungstendenzen sicherlich eine wichtige Aufstiegshilfe für das Verlassen des Konjunkturtals. Andererseits bieten die Perspektiven für die Weltkonjunktur, auch wenn sie die deutschen Exportaussichten etwas unterzeichnen mögen, keinen Grund, auf rasche Nachfrageanstöße von außen zu setzen. Dieses Ergebnis kann nicht überraschen. Denn bei den langjährigen Fehlentwicklungen, die einer Erholung entgegenstehen – Verschiebung der Verteilungsrelationen zu Lasten der Unternehmensgewinne, allzu starke Ausweitung von Konsum und Transferleistungen des Staates –, und den Inflexibilitäten bei ihrer Beseitigung handelt es sich um ein allgemeines Phänomen in den Industrieländern; besonders gilt das für Westeuropa, den Wirtschaftsraum, in den die Bundesrepublik eingebettet ist. Jedes Land, das Fortschritte bei der Bewältigung der schmerzhaften Anpassungsprozesse erzielt, trägt so einerseits zur Überwindung der weltweiten Wachstumsschwäche bei. Andererseits wird es einen erheblichen Teil der Erfolge erst ernten können, wenn auch in den anderen Industrieländern die Rahmenbedingungen wieder wachstumsfreundlicher sind.